

Kampf um die Weltraumfirma

Finanzministerin Karin Keller-Sutter will Beyond Gravity ins Ausland verkaufen. Doch das Parlament bockt.

Othmar von Matt

Den mit Abstand grössten Einzelauftrag in seiner Geschichte zog das Schweizer Weltraumunternehmen Beyond Gravity im April 2022 an Land: einen Grossauftrag von Amazon. Der US-Onlineversandhändler will den Menschen auf der ganzen Welt schnelles und erschwingliches Breitbandinternet ermöglichen. Dafür plant er, 3236 Satelliten ins Weltall zu schießen.

Hier kommt Beyond Gravity ins Spiel. Das Schweizer Unternehmen entwickelt und produziert massgeschneiderte, kreisförmige Dispenser-Systeme. Auf ihnen werden die Satelliten angebracht und dann von einer Trägerrakete gut geschützt in den erdnahen Orbit gebracht. Dort platziert der Dispenser die Satelliten an ihrem jeweiligen Standort.

Dieser spektakuläre Grossauftrag gab dem Weltraumunternehmen Beyond Gravity eine neue Dimension, das der Bundesrat seit März 2023 im Rahmen eines Auktionsprozesses an einen westlichen Verkäufer veräussern will. Die Sicherheitspolitischen Kommissionen (SiK) von Ständerat und Nationalrat waren damit zunächst einverstanden.

Das massive Umdenken des Parlaments

«Inzwischen hat aber ein massives Umdenken stattgefunden», sagt Mitte-Ständerätin Andrea Gmür, Präsidentin der SiK des Ständerats. Das zeigte sich, als der Nationalrat im September mit 121 zu 53 Stimmen gegen einen Verkauf war.

Es zeichnet sich ab, dass die Kommission des Ständerats heute nachzieht. «Auch sie möchte nicht ein Unternehmen komplett aus der Hand geben», sagt Präsidentin Gmür, «das ein sehr grosses Potenzial hat für Sicherheit, Forschung, Entwicklung und Kommunikation.»

Einiges deutet darauf hin, dass die Kommission eine



In Emmen wird bei der Firma Beyond Gravity ein Teil der Hülle für die Trägerrakete Ariane 6 hergestellt.

Bild: Pius Amrein

«Ich habe den Antrag gemacht, dass das Unternehmen eine Schweizer Mehrheitsbeteiligung haben soll. Damit könnte der Bund auf Beyond Gravity zurückgreifen.»

Werner Salzmann
SVP-Ständerat

Schweizer Lösung bevorzuge, sagt Gmür, «damit auch Know-how und Arbeitsplätze im Land bleiben». Sie betont: «Das müsste eine Schweizer Indust-

rielösung sein und keine Investmentlösung. Ein Angebot müsste in vielfacher Hinsicht überzeugen.» Es gibt Gerüchte, dass zwei oder drei Schweizer Unternehmen an einem Kauf interessiert sind.

Der Ständerat will auch die Frage klären, welche Rolle der Bund künftig bei Beyond Gravity spielen soll. Es gebe verschiedene Ideen, sagt Gmür: vom Aktionärsbindungsvertrag über eine Sperrminorität zu einer Art Vorkaufrecht bei einem Wiederverkauf.

SVP-Ständerat Werner Salzmann möchte den Bund aus der Verantwortung nehmen. «Grundsätzlich bin ich für einen Verkauf von Beyond Gravity», sagt er. «Ich habe aber den Antrag gemacht, dass das Unternehmen eine Schweizer Mehrheitsbeteiligung haben soll. Damit könnte der Bund auf Beyond Gravity zurückgreifen, falls das

sicherheitspolitisch nötig sein sollte.»

In eine ähnliche Richtung geht FDP-Ständerat Josef Dittli. Er will den Bundesrat mit einem Antrag auffordern, seine Auflagen für den Verkauf so anzupassen, wie er sagt, «dass inländische strategische Käufer bevorzugt werden, deren langfristige Absichten den standort-, weltraum- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz gerecht werden». Wer Beyond Gravity kaufen will, solle eines garantieren, sagt Dittli: «Dass Arbeitsplätze und Kompetenzen, die für Verteidigungsfähigkeit und Innovationsfähigkeit der Schweiz relevant sind, für eine bestimmte Anzahl Jahre in der Schweiz erhalten werden.»

Präsidentin Gmür betont, sie erwarte vom Bundesrat, dass er den Verkauf «vorläufig auf Eis» lege und nicht erneut eine Division verkaufen lasse, wie das im

Fall der Division Lithografie an Zeiss geschehen sei. Gmür: «Das wäre eine klare Missachtung des parlamentarischen Willens.»

Die Motion habe vorerst keine unmittelbaren Folgen auf den laufenden Prozess, betont man bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Der Start des Verkaufsprozesses sei erst für Anfang 2025 geplant. Kommunikationschef Philipp Rohr betont aber, die Motion schaffe Unsicherheit.

Der Litografie-Verkauf an Zeiss habe nichts mit dem Weltraumgeschäft zu tun, betont Rohr. Er gibt aber zu bedenken, dass der Verzicht auf die Privatisierung, die der Bundesrat seit fünf Jahren plant, «einschneidende Auswirkungen» hätte auf Beyond Gravity: «Ein Verbleib im Besitz des Bundes würde die Entwicklungsmöglichkeiten des Unternehmens hemmen.»

Doch kein Wundermittel gegen AHV-Geldsorgen

Kann die Finanztransaktionssteuer das drohende Loch stopfen? Der Bundesrat erteilt der Idee eine Absage.

Maja Briner

Die Idee hatte grosse Hoffnungen geweckt: Die AHV-Geldsorgen könnten auf elegante Weise gelöst werden mit einer Mini-Steuer, die niemanden wirklich schmerzt. Falls es gelinge, sagte Mitte-Ständerat Beat Rieder vor zwei Jahren im Parlament, «hätten wir eine Möglichkeit, uns bei der nächsten AHV-Revision nicht immer gegenseitig die Köpfe wegen Rentenalter, Mehrwertsteuerprozenten und so weiter einzuschlagen».

Um das drohende Loch in der AHV-Kasse zumindest teilweise zu stopfen, soll – so die Idee – eine neue Quelle erschlossen werden: eine Finanzmarkttransaktionssteuer. Auf Antrag von Rieder

forderte der Ständerat den Bundesrat auf, in einem Bericht aufzuzeigen, wie eine solche Steuer aufgebaut sein müsste, um die AHV mittel- und langfristig zu finanzieren. Rieder brachte den Vorschlag ein, noch bevor das Stimmvolk der 13. AHV-Rente zustimmte. Wegen der demografischen Entwicklung zeichnet sich seit längerem ab, dass die AHV in Schieflage geraten wird, wenn nichts dagegen unternommen wird.

Eine Mini-Steuer, die Milliarden generiert?

Eine zusätzliche Einnahmequelle wäre also hochwillkommen. Hier kommen die Steuern auf Finanztransaktionen ins Spiel, also zum Beispiel beim Handel

mit Wertpapieren. Die Idee klingt bestechend: Weil es um grosse Summen gehe, genüge eine kleine Steuer, sagen die Befürworter. Rieder umschrieb es einmal so: Man würde auf jeder Börsentransaktion eine Mini-Steuer im Promillebereich erheben, die dann Milliarden erträge generieren würde.

Der Bundesrat erteilt dem Ansinnen nun aber eine Absage. In einem gestern verabschiedeten Bericht verweist er darauf, dass die Schweiz bereits heute zwei Finanztransaktionssteuern kennt: die Emissions- und die Umsatzabgabe. Die Erträge daraus beliefen sich durchschnittlich auf insgesamt 1,55 Milliarden Franken pro Jahr. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gene-

riere die Schweiz damit höhere Erträge als Frankreich, Italien und Spanien, die ähnliche Steuern kennen, so der Bundesrat.

Theoretisch möglich wäre, diese bestehenden Steuern auszubauen. Zum Beispiel, indem der Steuersatz erhöht oder Ausnahmen abgeschafft würden. Davon gibt es zahlreiche – die es aber braucht, wie es im Bericht heisst: «Die Umsatzabgabe ist von Ausnahmen geprägt, um sicherzustellen, dass der Schweizer Finanz- und Börsenplatz wettbewerbsfähig bleibt.»

Eine andere Option wäre, neue Finanztransaktionssteuern einzuführen, zum Beispiel auf Neuhypotheken – was allerdings die Hypotheken verteuern würde. Der Bundesrat hält das alles

für keine gute Idee. Die Nachteile überwiegen aus seiner Sicht: Finanztransaktionssteuern schnitten im Hinblick auf Steuergerechtigkeit schlecht ab, argumentiert er. Zudem könnte der Schweizer Finanzplatz an Attraktivität verlieren. Gleichzeitig sei das Ertragspotenzial beschränkt.

Beat Rieder hält trotz des abschlägigen Fazits des Bundesrats an der Idee fest. Es gebe mehrere offene Punkte, erklärt er. Ins Detail gehen will er noch nicht: Erst wolle er den Bericht analysieren und sich mit Fachleuten austauschen. Klar sei aber bereits, dass er basierend auf diesem Bericht einen präzisen Vorstoss zur Finanztransaktionssteuer einreichen werde, sagt er: «Ich werde auf keinen Fall aufgeben.»

Dussey holt Blättlers Chefsprecherin

Henry Habegger

Beim krisengeschüttelten Nachrichtendienst des Bundes kam es zuletzt zu einem Exodus in der Kommunikationsabteilung. Drei Personen kündigten, unter anderem die langjährige Kommunikationschefin Isabelle Graber. Jetzt ist klar, wer künftig die Öffentlichkeitsarbeit für den Geheimdienst leitet: Neue Kommunikationschefin wird Linda von Burg, 34. Das teilt auf Anfrage NDB-Sprecherin Sonja Margelist mit. Die neue Chefin trete den Posten, der angesichts der internen Turbulenzen und des angeschlagenen externen Images des Dienstes als besonders schwierig gilt, am 1. Januar 2025 an.

Kommunikation in heiklem Umfeld ist für von Burg aber nicht neu: Sie leitet derzeit interimistisch die Kommunikationsabteilung von Bundesanwalt Stefan Blättler. Unter dessen Vorgänger Michael Lauber stand die Bundesanwaltschaft ähnlich in der Krise und in den Schlagzeilen wie heute der Nachrichtendienst.

Linda von Burg selbst will sich nicht zu ihrer neuen Aufgabe äussern, da sie die Funktion noch nicht angetreten habe. Naheliegender ist aber, dass sie sich für mehr und klarere Öffentlichkeitsarbeit beim NDB einsetzen wird. So war es auch bei der Bundesanwaltschaft. Das Team unter Linda von Burg kommunizierte gegen innen und nach aussen klarer, in höherer Kadenz und thematisch breiter als vorher. Intern kehrte nach Laubers Abgang bald Ruhe ein, man arbeitete unter Blättler stark am gegenseitigen Vertrauen, konzentriert sich wieder auf die Arbeit. Jedenfalls dringen kaum mehr Misstöne nach aussen.

Beim NDB wird Linda von Burg ein neues Info-Team aufbauen müssen. Wie viele Personen die Abteilung umfasst, gibt der Dienst laut Sprecherin Margelist «aufgrund der besonderen Geheimhaltungsvorgaben» allerdings nicht preis.

Auch die Bundesanwaltschaft erhält einen neuen Kommunikationschef: Matthias Müller, seit gut sechs Jahren Leiter Politik und Kommunikation beim Krankenkassenverband Santésuisse, tritt sein Amt am 1. Dezember 2024 an. Er wurde bereits im Juni gewählt.

Zu Weihnachten gibts den neuen Jet

Regierung Der Bundesrat bekommt im Dezember sein neues Flugzeug vom Typ Bombardier Global 7500, das teilte der Bund mit. Aktuell findet die Endmontage in Kanada statt. Nach dem Überflug in die Schweiz folgt die Ausbildung des Boden- und Cockpitpersonals. Voraussichtlich im Frühjahr 2025 wird der neue Jet erstmals eingesetzt werden. Er hat Platz für bis zu zwanzig Leute und eine Reichweite von über 14'000 Kilometern. Die Kosten betragen über 100 Millionen Franken. (chm)